



## 2.000.0000

Kinder weltweit sterben jedes Jahr an Durchfall und Lungenentzündung. Rund die Hälfte dieser Todesfälle ereignet sich in Indien, Nigeria, der demokratischen Republik Kongo, Pakistan und Äthiopien, berichtete das UN-Kinderhilfswerk UNICEF. Schmutziges Wasser, unzureichende Sanitäranlagen und schlechte Hygiene seien die Ursachen für 90 Prozent der durch Durchfall bedingten Todesfälle.

## Taliban befreien Aufständische

KABUL (dpa). Taliban-Kämpfer haben bei einem Angriff auf ein Gefängnis in Sar-i-Pul Aufständischen und Kriminellen zur Flucht verholfen: 30 von 165 Häftlingen flohen durch ein in die Gefängnismauer gesprengtes Loch; 16 von ihnen wurden aber von der Polizei wieder gefasst.

## Warnung vor intelligenten Waffen

TALLINN (APA). Bei der Kriegsführung im Internet könnte nach Einschätzung von Experten die Gefahr drohen, dass sich Computer-Viren und andere Schadprogramme unkontrollierbar ausbreiten. Die rasante Entwicklung in diesem Bereich werde schon bald zu neuen „intelligenten Cyberwaffen“ führen, die nur noch „schwer zu kontrollieren“ seien, sagte der IT-Experte Enn Tyugu vom Cyber-Verteidigungszentrum der NATO bei einer Fachtagung in Estlands Hauptstadt Tallinn. Selbst die Nutzer solcher Waffen



könnten sie mit herkömmlichen Methoden kaum noch kontrollieren, warnte der Experte. Auch Programme, die Schädlinge wie den Computerwurm Stuxnet oder den neuen Computer-Virus Flame eigentlich abwehren sollen, könnten zur Gefahr werden.

## Ein Elsässer will in die französische Nationalversammlung

STRASSBURG. Es gibt eine Reihe von französischen Politikern, die elsässische Wurzeln haben. Kaum einer aber setzt sich für die (bis heute vorenthaltenen) Rechte der elsässischen Minderheit ein. Nun will ein Autonomist der Bewegung „Unser Land“ in die Nationalversammlung einziehen und dort die Elsässer-Anliegen vorantreiben: Denis Lieb (44, links) aus Zabern/Saverne hat seinen Wahlkampf für den Urnengang am Sonntag auf Elsässer und Umwelt-Themen bzw. nachhaltige Wirtschaft zugeschnitten. Er und seine Unterstützerin, die Präsidentin von „Unser Land“, André Munchen-



bach (57, rechts), waren deshalb unter dem Motto „Das Wort dem Elsass“ vor allem auf dem Rad unterwegs. Liebs zentrales Thema ist die Forderung, die Räte der beiden Departements und den Regionalrat zu einer Regionalversammlung des Elsass zu vereinen.

www.denislieb.com

# Politik-Landschaft im Nebel

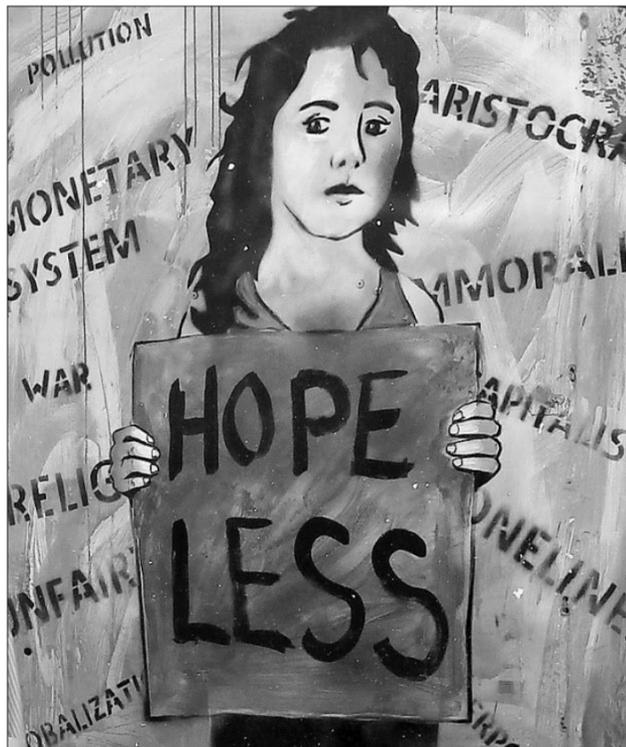
GRIECHENLAND: Hellenen vor Schicksalswahl – Politiker brauchen Ansage, wohin das Land gehen soll

ATHEN (dpa). Die politische Stimmung ist mies. Griechenland rückt dem Abgrund immer näher, und die Politiker beschimpfen sich gegenseitig. Die brenzlichsten Fragen – wer rettet das Land und wie kann das geschehen – werden kaum noch diskutiert.

Am 17. Juni wird wieder gewählt. Am 6. Mai hatten die Wähler keiner Partei die absolute Mehrheit gegeben. Diesen Aufruf des Volkes zur Kooperation aller Strömungen haben die griechischen Parteien allerdings ignoriert. Ihnen gelang es nicht, eine Regierung zu bilden. Stattdessen muss nun das Volk noch einmal an die Urnen.

Während die Politiker streiten, bricht der griechische Staat Stück für Stück zusammen. Die Apotheken geben Medikamente nur gegen Bargeld ab. Der Staat hat sie seit Monaten nicht mehr bezahlt. Die Auszahlung von Renten und Löhnen der Staatsbediensteten ist nur bis Mitte Juli gesichert.

„Es ist eine Landschaft im Nebel und wir können nicht sehen, dass vor uns ein Sumpf liegt“, sagt eine Journalistin. Alles deutet auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Konservativen der Nea Dimokratia (ND) und dem Bündnis der radikalen Linken (Syriza) hin. Alle Umfragen sagen voraus, dass keine der



„Hoffnungslos“ steht auf diesem Graffiti in Athen.

APA/epa

beiden am 17. Juni eine absolute Mehrheit von 151 der insgesamt 300 Abgeordneten im Parlament schaffen wird.

Sollten die bislang regierenden Bürgerlichen und Sozialisten es schaffen, wieder eine Regierung zu bilden, würde der europäische Kurs des Landes wohl

zunächst weitergeführt. Beobachter befürchten für diesen Fall aber, dass die Linksradi-kalen und die Kommunisten mit massiven Streiks alle Reformbemühungen zunichtemachen.

Sollten die Linksradi-kalen eine Regierung mit anderen linken Kräften bilden und ihre Ver-

sprechung einhalten, das Sparprogramm zu annullieren, droht dem Land die sofortige Pleite. Die Geldgeber drohen damit, den Geldhahn abzudrehen.

Der Chef der Linksradi-kalen, Alexis Tsipras, macht Konservative und Sozialisten verantwortlich, das Land an den Rand der Katastrophe geführt zu haben. Sie könnten das Land nicht retten mit einem Sparprogramm, das die Wirtschaft abgewürgt und jeden zweiten jungen Mensch arbeitslos gemacht habe. Die Chefs der Konservativen und Sozialisten seien „politische Gauner“. Die Konservativen nennen Tsipras „Zauberlehrling“. Er verwechsle „Politik mit Pokern“, wenn er droht, einseitig das Sparprogramm zu annullieren, sagt ND-Parteichef Antonis Samaras.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter: Die Quote betrug im März 21,9 Prozent – der höchste Stand in der Geschichte des Landes. Für die Griechen werden die Auswirkungen der Krise im Alltag immer drastischer spürbar. Schwerkranke stehen in den wenigen staatlichen Apotheken stundenlang nach teuren Medikamenten an, die sie anderswo nur gegen Bares bekämen. Gewerkschaftsmitglieder befürchten, dass es bald zu Stromausfällen kommen werde, weil für Gas aus Russland kein Geld mehr da sei. In Griechenland drohen die Lichter auszugehen.

## MINDERHEITEN IN EUROPA



Blick in den Versammlungsraum in Preßburg, wo Vertreter der Minderheiten-Tageszeitungen tagten (Bild links) – mit MIDAS-Präsident Toni Ebner (Zweiter von links) an der Spitze (Foto rechts).



# Schützenhilfe für Sorben und Katalanen

GENERALVERSAMMLUNG: Vereinigung der Minderheiten-Tageszeitungen MIDAS verabschiedet bei Treffen in der Slowakei Resolution und Erklärung

PRESSBURG (D). Manches im Minderheitenschutz liegt im Argen. Das wurde einmal mehr bei der diesjährigen MIDAS-Generalversammlung in der Slowakei bezeugt, wo zugunsten der Sorben eine Resolution und für die Katalanen auf den Balearen eine Erklärung verabschiedet wurden.

Eingereicht von der sorbischen Tageszeitung „Serbske Nowiny“, besagt nun die Resolution, dass

1. das Land Brandenburg Grundsätze des Minderheitenschutzes anerkennt und auf eine unveränderte Anwendung von für die Mehrheitsbevölkerung geltenden Regelungen gegenüber den Sorben verzichtet;

2. keine Mindestschülerzahlen für sorbischsprachige Unterrichtsangebote festgesetzt werden;

3. keine weiteren Kürzungen des Unterrichtsangebots erfolgen;

4. bestehende Kürzungen zurückgenommen werden;

5. Vertreterinnen und Vertreter des sorbischen Volkes in die Entscheidungsfindung einbezogen und über geplante Vorhaben frühzeitig informiert werden.

Hintergrund ist nämlich, dass das für Bildung zuständige Ministerium des Landes Brandenburg die 2011 begonnenen Kürzungen im zweisprachigen sorbisch-deutschen Unterricht fortsetzte und diese auf den Unterricht in der niedersorbischen Muttersprache ausdehnte.

Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) hat 2006 in Bautzen/Budyšin die Charta der autochthonen na-

„Die Minderheiten-Tageszeitungen werden es nicht zulassen, dass man die Minderheitenrechte der Sorben und der Katalanen auf den Balearen beschneidet. Alle Tageszeitungen, die in MIDAS zusammengeschlossen sind, werden dagegen protestieren.“

Toni Ebner, MIDAS-Präsident

tionalen Minderheiten/Volksgruppen in Europa verabschiedet, wonach ein Recht auf Unterricht in der Muttersprache besteht.

Überdies hat das Land Brandenburg für die niedersorbische Sprache die Verpflichtungen der Europäischen Charta für Regional- oder Minderheitensprachen übernommen. Außerdem ist in der Verfassung und in weiteren Gesetzen des Landes Brandenburg das Recht des sorbischen

Volkes auf die Vermittlung seiner Sprache in Schulen und Unterricht in sorbischer Sprache festgeschrieben.

Auch mit Bezug auf die Zukunft der sorbischen Printmedien – vor allem der „Serbske Nowiny“ und der sorbischen Wochenzeitung „Nowy Casnik“, denen bereits junge muttersprachliche Fachleute fehlen – fordert die MIDAS-Generalversammlung die Regierung des Landes Brandenburg auf, „die rechtlichen

Verpflichtungen zeitnah und konsequent so umzusetzen, dass eine nachhaltige Stabilisierung der niedersorbischen Unterrichtsangebote gewährleistet ist.“

Die Resolution wurde an Matthias Platzeck geschickt, Ministerpräsident des Landes Brandenburg, sowie an Martina Münch, Ministerin für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg.

## Besorgnis um Situation auf den Balearen

Die MIDAS-Delegierten sprachen indes auch ihre Besorgnis über die Sprachensituation auf den Balearen aus: „Die Regierung der Balearen (Partido Popular) unterstützt Abänderungen des

Gesetzes zum Schutz der nationalen Sprache der Balearen, des Katalanischen. Die Gesetzesänderung zielt darauf ab, das Katalanische als Unterrichts- sowie Amtssprache zurückzudrängen, um so den sprachlichen Angleichungsprozess zu stoppen.“ Mehr noch: „Das Katalanische ist seit dem 13. Jahrhundert die ursprüngliche Sprache auf den Balearen und vom Autonomiestatut anerkannt. Die Katalanische Sprache war in den 40er Jahren der Franco-Diktatur verboten. Nun beginnt ein neuer Prozess der sprachlichen Unterdrückung.“

In ihrer Erklärung betont die MIDAS-Versammlung, mit dieser Politik nicht übereinzustimmen, und sprach zugleich ihr Bedauern und ihre Solidarität aus.